

# Zwei Millionen für neues Frauenhaus

Kreistag beschließt Haushalt 2020 / Zuflucht für Gewaltopfer soll im Nordkreis entstehen

Von Daniel Baczyk

**KREIS GROSS-GERAU.** Im Norden des Kreises Groß-Gerau soll ein neues Frauenhaus errichtet werden. Das hat der Kreistag in seiner Sitzung am Montag beschlossen.

Die Entscheidung, zwei Millionen Euro für den Bau bereitzustellen, war die bedeutendste Änderung am Haushalt des Kreises für 2020, der Anfang November eingebracht worden war. Er wurde am Montag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen SPD, Grüne und Linke sowie von Teilen der Freien Wähler beschlossen. CDU, FDP und AfD lehnten den Gesamthaushalt 2020 ab.

Grundlage des Beschlusses zur Errichtung eines Frauenhauses ist eine Bedarfsanalyse des Netzwerks gegen Gewalt im Kreis zur Lage betroffener Frauen. Daraus geht hervor, dass der Platzbedarf für misshandelte Frauen und ihre Kinder durch das vorhandene Frauenhaus in der Kreisstadt nicht gedeckt ist. Betrieben wird es vom Verein Frauen helfen Frauen.

In dem Haus in Groß-Gerau gibt es elf Zimmer, davon eines für Notaufnahmen. 79 Frauen fanden dort im vergangenen Jahr zeitweilig Schutz, aber 98 konnten in dieser Zeit aus Platzmangel nicht aufgenommen werden, davon 41 Kreisbewohnerinnen. Sie wurden in Häuser in Nachbarkreisen vermittelt. Verschärft wird das Problem durch die angespannte Wohnraumsituation im Kreis, die es erschwert, für betroffene Frauen und ihre Kinder neue Wohnungen zu finden.

Verwiesen wird auf die sogenannte Istanbul-Konvention, die völkerrechtlich verbindliche Rechtsnormen gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt schafft. Demnach soll ein Familienzimmer je 10 000 Einwohner bereitgehalten

werden, im Kreis Groß-Gerau wären dies 27 Zimmer.

Laut Bedarfsanalyse kamen von den Frauen, die 2018 im Frauenhaus gewohnt haben, knapp die Hälfte aus dem nördlichen Kreis Groß-Gerau. Der Rest verteilte sich auf den Mittel- und Südkreis sowie andere Herkunftsorte. Daraus wird gefolgert, dass ein zweites Frauenhaus vorzugsweise im Nordkreis errichtet werden sollte.

Die CDU unterstützte ein neues Frauenhaus grundsätzlich, sah aber keine Grundlage für die Ansetzung von zwei Millionen Euro, da bislang weder eine genaue Planung noch ein Kostenvergleich oder eine Berechnung der Folgekosten vorliege. Sie forderte, zunächst nur 200 000 Euro Planungskosten im Haushalt einzustellen,

### DER KREISHAUSHALT

- Der am Montag beschlossene Haushalt des Kreises Groß-Gerau für 2020 sieht **Ausgaben** in einer Gesamthöhe von 398,8 Millionen Euro vor. Bei **Einnahmen** von 414,7 Millionen ergibt sich ein **Überschuss** von 15,9 Millionen Euro, womit die Bedingungen der Hessenkasse erfüllt werden.
- Die von Städten und Gemeinden zu entrichtende **Kreisumlage bleibt unverändert** bei 36,54 Prozent ihrer Einnahmen. Die **Schulumlage steigt** von 17,9 auf 18,8 Prozent. **Rüsselsheim als Sonderstatusstadt** zahlt keine Schulumlage, aber 41,31 Prozent Kreisumlage. (db)

wurde aber von Koalition und Freien Wählern überstimmt.

„Es ist eine Lust, im Kreis Groß-Gerau zu leben – uns geht es schweinegut“. Mit diesen Worten leitete Franz-Rudolf Urhahn (Grüne) seine Ausführungen zum Gesamthaushalt ein. Der weitaus größte Teil der Ausgaben sei

gesetzlich vorgegeben, betonte er; letztlich streite man sich im Kreistag „nur um Erdnüsse“. Kerstin Geis (SPD) begrüßte insbesondere die vorgesehenen Mehrinvestitionen im Schulbereich. Dies rechtfertige auch die Anhebung der Schulumlage.

Der CDU-Fraktionsvorsitzen-

de Mario Bach kritisierte insbesondere die Personalausgaben des Kreises, die seit 2005 um 66 Prozent auf nunmehr „sagenhafte“ 57,2 Millionen Euro angestiegen seien. Mit ordentlicher Haushaltsführung habe dies nichts zu tun: „Am Ende werden in den Städten und Gemeinden die Grundsteuern angehoben, um die Geldverschwendung zu finanzieren.“ Die Grundsteuer habe mancherorts schon eine „astronomische Größenordnung“ erreicht, bemängelte auch Rolf Leinz (Freie Wähler). Koalition und Verwaltung ließen Sparwillen vermissen, das zeige sich an einem Anstieg der Personalausgaben um 3,6 Millionen und der Ausgaben für Sach- und Dienstleistungen um 4,5 Millionen Euro. ► **KOMMENTAR**

---

KOMMENTAR

---

## Pflichtausgabe

Daniel Baczyk  
zum Kreishaushalt

[daniel.baczyk@vrm.de](mailto:daniel.baczyk@vrm.de)

---

Die Notwendigkeit von Frauenhäusern ist eine traurige, aber bis auf Weiteres unabänderliche Tatsache. Frauen, die in ihrer Beziehung körperlichen Misshandlungen ausgesetzt sind, brauchen eine sofort verfügbare Zufluchtsmöglichkeit, um dem Zugriff des gewaltbereiten Partners zu entkommen.

Und einen geschützten Raum, in dem sie – oft mit-  
samt ihren Kindern – zur Ruhe kommen. Unbegreiflich, wie an dieser gesellschaftlichen Verpflichtung herumgedeutelt werden kann, wie etwa seitens

*Klares Signal von  
Koalition und  
Freie Wählern*

der AfD-Fraktionsvorsitzenden, die im Sozialausschuss bemängelte, Frauen sollten nicht in Frauenhäusern „versteckt“ werden. Mehr Gewicht hatten die Bedenken der CDU im Kreistag, zwei Millionen Euro sollten nicht ohne nachvollziehbare Kalkulation der Bau- und Folgekosten im Kreishaushalt eingestellt werden. Die Beschlussvorlage ließ in der Tat viele Fragen offen. Koalition und Freie Wähler ließen sich jedoch nicht davon abbringen, hier ein klares Zeichen setzen zu wollen. Auch wenn die CDU mit ihren Bedenken nicht durchdrang, hätte man der größten Oppositionsfraktion raten mögen, die Mittel für die grundsätzlich befürwortete Errichtung einer neuen Zuflucht im Nordkreis nicht abzulehnen. Vieles spricht dafür, dass die zwei Millionen im kommenden Jahr nicht komplett abgerufen werden, doch dann werden die Mittel verschoben – bezahlt werden muss am Ende so oder so. Es ist eine moralische Pflichtausgabe.

---